



<b>Antrag der Fraktionen SPD, B90/Grüne, ML, Piratenpartei und CDU</b>	<b>Vorlagen - Nr.:</b>	<b>VO/3655/2014</b>	<b>TOP</b>
	<b>Status:</b>	<b>öffentlich</b>	
	<b>Datum:</b>	<b>21.11.2014</b>	
	<b>Eingang:</b>	<b>21.11.2014</b>	
<b>Stadtverordnetenversammlung Marburg</b>			
<b>Beratende Gremien:</b>		<b>Stadtverordnetenversammlung Marburg</b>	

## **Dringlicher Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen/ Marburger Linke/Piratenpartei/CDU betr. Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM)**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung zeigt sich angesichts jüngster Ankündigungen der UKGM-Geschäftsführung über weiteren Personalabbau erneut in großer Sorge um die Patient/-innenversorgung und die Arbeitsbedingungen am Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM). Angesichts weiter steigender Belastungen des Personals ist ein Stellenabbau unverantwortlich. Das Angebot der Geschäftsführung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, vorzeitige Auflösungsverträge einzugehen, ist kontraproduktiv.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die UKGM-Geschäftsführung auf, keine Krankenhausrestrukturierungen zulasten von Patient/-innen, der Beschäftigten sowie der Qualität und des Angebots einer umfänglichen medizinischen Versorgung vorzunehmen. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet von der Landesregierung, dass sie ihren Einfluss dahingehend geltend macht, die Stellenabbaupläne zu verhindern.

Angesichts der wirtschaftlich unterschiedlich starken Entwicklung der beiden Standorte Marburg und Gießen, die durch Restrukturierungen der letzten Jahre entstanden ist, muss eine gleichmäßige Aufgabenverteilung zwischen den beiden Standorten sichergestellt werden. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat daher auf, auf die Geschäftsführung des UKGM einzuwirken, eine Ungleichbehandlung der Standorte Marburg und Gießen zu verhindern.

Die Stadtverordnetenversammlung erwartet von der Landesregierung, dass sie ihrer Verantwortung für das UKGM gerecht wird, indem sie ihre Einflussmöglichkeiten geltend, um zwei gleich starke Standorte in Marburg und Gießen sicherzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich bei Land und Bund für eine auskömmliche und am Bedarf orientierte Krankenhausfinanzierung und für einen angemessenen Zuschlag für die besonderen Belastungen der Universitätskliniken einzusetzen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich bei der hessischen Landesregierung für eine verbindliche Regelung qualitativer und quantitativer Personalmindeststandards sowohl für hessische Krankenhäuser generell als auch insbesondere für Universitätskliniken einzusetzen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, gegenüber der Landesregierung zu klären, ob die neuen, veränderten Mehrheitsverhältnisse nach dem Aktienrückkauf der Rhön-Kliniken AG die Anwendung der „Change of Control“-Klausel möglich macht. Sollte dies der Fall sein, fordert die Stadtverordnetenversammlung das Land auf, **wohlwollend zu prüfen, wie eine Rückkehr des UKGM in Landeseigentum realisiert werden kann.**

**Begründung:**

In einer aktuellen Ausgabe des Mitarbeiter Infobriefs vom 13.11.2014 kündigt die UKGM-Geschäftsführung vor dem Hintergrund proklamierter ausbleibender Umsatzerwartungen in Marburg eine neue Runde an Restrukturierungsmaßnahmen an, welche die Situation für Patient/innen und

Beschäftigte weiter verschlechtern dürften. Dort heißt es: „Nun stehen aktuell wieder Herausforderungen an, auf die wir gemeinsam und flexibel reagieren müssen. Denn die wirtschaftliche Entwicklung unseres Hauses ist nicht zufriedenstellend. Weil sich unser Ergebnis zum Vorjahr wieder verschlechtert hat, haben wir uns vielfältige Gedanken über kurzfristige Maßnahmen gemacht.“ Weiter steht geschrieben: „Wir werden verschiedene Maßnahmen einleiten müssen, um Einnahmen zu erhöhen, die Kosten zu senken und unser Ergebnis dadurch zu verbessern. Neben den Sachkosten gilt es hierbei auch die Personalplanung an den tatsächlichen medizinischen Bedarf anzupassen. Diese Anpassung soll über natürliche Fluktuation erreicht werden. Betriebsbedingte Kündigungen sind ausdrücklich nicht geplant.“

In der Vergangenheit hatte sich die Stadtverordnetenversammlung mehrfach gegen Stellenabbaupläne ausgesprochen. Von den einst im Februar 2012 angekündigten Abbauplänen von 500 Stellen ist dennoch ein Großteil verwirklicht worden. Nach dem Verkauf von 40 Krankenhäusern hat sich die Struktur der Rhön-AG grundlegend verändert. Auch dadurch drohen weitere Verschärfungen.

Aktuell stellt sich die Personalsituation bereits sehr angespannt dar, selbst wenn auf „betriebsbedingte“ Kündigungen verzichtet würde, was nicht abschließend ausgemacht zu sein scheint. Auf einigen Stationen droht der Abbau von Betten. Auszubildende werden nicht mehr übernommen und offene bzw. auslaufende Stellen werden nicht besetzt. In vielen Bereichen fehlt es an Personal. Diese andauernden Zustände an unserem Klinikum sind nicht haltbar.

**Steffen Rink (SPD)**  
**Hans-Werner Seitz (B90/Die Grünen)**  
**Jan Schalauske (Marburger Linke)**